



M. A.

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/65 - 18.3.52

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Widerstand gegen Saar-Hoffmann wächst	S. 1
Nordisches Gegenstück zu Straßburg	S. 3
Aktive Jungsozialisten	S. 4
Zahlenakrobatik beim NWDR	S. 6

SPS - Opposition zur Saarfrage

Von unserem ständigen Saar-Mitarbeiter

Die starke Opposition gegen die Führung der "Sozialdemokratischen Partei an der Saar" in der Saarfrage kam jetzt auf einem Kreisparteitag des Kreises Ottweiler-Neunkirchen dieser Partei zum Ausdruck, in deren Verlauf von etwa 240 Delegierten eine EntschlieÙung einstimmig angenommen wurde, in der beachtenswerte Vorschläge zur Saarfrage gemacht wurden. Die dort anwesenden Funktionäre, die etwa ein Viertel der Gesamtmitgliedschaft der SPS vertraten, nahmen ein Referat des als Führer des deutschen Flügels in der Partei bekannten Abgeordneten Corraç mit außerordentlich lebhaftem Beifall entgegen und forderten von der Parteileitung, ihren Standpunkt in der Saarfrage zu ändern und die bisher einseitig zugunsten Frankreichs betriebene Politik aufzugeben.

In der EntschlieÙung begrüÙten sie die Ankündigung von direkten deutsch-französischen Verhandlungen über die Saar und erklärten, daÙ jede Handlung, die einer Präjudizierung der Saarfrage gleichkäme, von der SPS entschieden abgelehnt werden müsse. Nach ihrer Auffassung ist das Zustandekommen einer deutsch-französischen Vereinbarung über die Saar bis zur endgültigen Regelung dringend erforderlich. Dabei müÙte jetzt schon die gleichberechtigte Partnerschaft der Bundesrepublik durch ihre Stellung an der Saar zum Ausdruck kommen und jede einseitige und auf die

Dauer schädliche Orientierung der Saarwirtschaft ausgeschaltet werden.

Zur jetzt besonders oft diskutierten Frage der Koalitionsfreiheit an der Saar stellten die sozialdemokratischen Funktionäre fest, daß die Außerkraftsetzung einer Verfügung des Generals König aus dem Jahre 1945, nach der die Parteien von den Militärregierungen zugelassen werden, nun endlich auch an der Saar dringend erforderlich sei und daß die in der Verfassung verankerten demokratischen Freiheiten der Saarbevölkerung uneingeschränkt zuerkannt werden müßten. Sie wollen ferner die Verabschiedung einer neuen Wahlordnung für die im Spätherbst stattfindenden Landtagswahlen an der Saar, weil durch die bisherigen Bestimmungen große Teile der Bevölkerung vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen waren.

Bezugnehmend auf die Erklärungen des französischen Außenministers Schuman und des Bundeskanzlers Adenauer erklärten die SPS-Funktionäre, daß sie es ablehnen, der im Herbst stattfindenden Landtagswahl die Bedeutung eines Plebiszits der Bevölkerung in der Frage der endgültigen Lösung an der Saar beizumessen. Falls eine Volksbefragung irgendwo beabsichtigt werde, habe man die Wähler in aller Form vor die dementsprechende, klar formulierte Frage zu stellen.

Die Delegierten dieser Konferenz verlangten ferner die Kündigung aller mit Frankreich abgeschlossenen Konventionen und die Anberaumung von Verhandlungen unter Hinzuziehung der deutschen Bundesrepublik. Sie lehnten jede Verpachtung der Warndt-Kohlenfelder an Frankreich ab und erklärten sich damit mit dem Industrieverband Bergbau der Einheitsgewerkschaft des Saargebietes solidarisch. Nach ihrer Auffassung ist es ein unhaltbarer Zustand, daß im Saar-Haushalt für das Jahr 1952 2,8 Mrd frs für die diplomatische Vertretung Frankreichs an der Saar vorgesehen sind. Sie verlangten deren Verwendung für soziale Zwecke und reklamierten ferner die der Saar noch zustehende Marshallplan-Hilfe, die ihr von Frankreich vorenthalten wird.

In einer Reihe weiterer wirtschaftlicher Forderungen kam eindringlich zum Ausdruck, daß die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit der Saar von Frankreich als untragbar erachtet wird und daß man bereit ist, die jetzt bestehenden engen Bindungen zu lösen.

Der Verlauf dieser Konferenz, auf der der SPS-Vorsitzende Kirn anwesend war, ohne gegen die Entschließung zu protestieren, beweist, daß die Opposition bei den Sozialdemokraten an der Saar ihren Einfluß verstärkt hat. Den beiden Abgeordneten Etienne und Conrad wurden für ihre Ablehnung des Schumanplanes im Saar-Landtag zahlreiche Vertrauensbeweise entgegengebracht.

Die Entscheidung von Kopenhagen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Regierungen von Dänemark, Norwegen, Schweden und Island sind übereingekommen, ihren Parlamenten die Bildung eines Nordischen Rates nach Straßburger Muster zu empfehlen. An der Verwirklichung dieser Empfehlung bestehen keine Zweifel.

Diese beachtenswerte Entwicklung ist der Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Arbeitsweise und der Zielsetzung des Europa-Rates, aber auch eine Reaktion auf die Bildung der Montan-Union. Die nordischen Staaten konnten in Straßburg ihre, auch von der deutschen Sozialdemokratie geteilte Auffassung nicht durchsetzen, den Zusammenschluß Europas auf föderativem Wege anzustreben. Sie blieben gegenüber den Funktionalisten, deren Werk ja auch der Schuman-Plan ist, in der Minderheit.

So drängen sich zwischen den Ländern der Montan-Union und den nordischen Staaten zweifelsohne Vergleiche auf. Wenn zwar die sechs Schuman-Plan-Staaten mit 154 Millionen Einwohnern die vier nordischen Länder mit 14 Millionen Einwohnern um das elffache überflügeln, so ist der Unterschied der Flächenausdehnung zwischen 1,222 Mio qkm und 910000 qkm nicht so erheblich. Dementsprechend darf auch die wirtschaftliche Bedeutung dieser Staatengruppe nicht unterschätzt werden. Ihre gemeinsame Stärke liegt in unerschöpflichen, wertvollen Erzvorkommen (Schweden), im Holzreichtum, der Zellstoff- und Papierindustrie (Schweden und Norwegen), der Seeschifffahrt und Fischerei (Norwegen und Island) und einer hochentwickelten Landwirtschaft (Schweden und Dänemark) mit einer Buttererzeugung und -ausfuhr, die Weltbedeutung hat. Da diese Länder mit über 95 Prozent Protestanten ein klares konfessionelles Gefüge haben und überdies in den Parlamenten die sozialistischen Parteien die stärksten Fraktionen bilden, sind gute Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit in allen die Völker betreffenden Fragen gegeben. Diese gegenseitige, vorteilhafte Ergänzung wird in ihrer Wirkung noch durch eine traditionelle Zusammenarbeit mit England erhöht.

Diese Entwicklung dürfte auf die europäische Vereinigung nicht ohne Bedeutung bleiben. Die theoretischen Gegensätze, die in Straßburg unüberbrückbar waren, werden nunmehr in der Praxis ausgetragen. Da

die nordischen Bestrebungen zweifellos auf volle Lösungen abzielen und ihren Ausgangspunkt in der Mitarbeit ihrer Völker und Abgeordneten nehmen, ist nur zu hoffen, daß dadurch die Funktionalisten, die sich in Geheimverhandlungen ergehen und ihre Völker nur ja oder nein sagen lassen, endlich zu einer Abkehr von ihrer Politik genötigt werden. Das Vereinigte Europa wird schließlich nur ein Werk der Völker sein, oder es wird nicht sein.

+ + +

Aktive Jungsozialisten

Fr. In Kassel versammelten sich am 15. und 16. März der Zentralausschuß und die Vorsitzenden der 21 Bezirksausschüsse der Jungsozialisten unter Vorsitz des Zentralsekretärs Werner Buchstaller zu ihrer ersten Arbeitstagung in diesem Jahre. Die führenden Funktionäre der deutschen Jungsozialisten behandelten auf ihrer Tagung neben einer Reihe organisatorischer Fragen auch aktuelle Probleme der deutschen und europäischen Politik.

Einen breiten Raum in der Tagesordnung nahmen vor allem die kommenden internationalen Aktivitäten der Jungsozialisten ein - ein neuer Beweis dafür, daß die junge Generation der sozialistischen Bewegung Deutschlands wieder als wichtiger Faktor in der Internationalen Union sozialistischer Jugend (JUSY) zu werten ist. So werden z.B. im Juli 1952 am großen JUSY-Camp Wien mehr als 1000 deutsche Jungsozialisten teilnehmen. Man erwartet in Wien insgesamt 25000 junge Sozialisten aus aller Welt, die zehn Tage lang in internationaler Kameradschaft ein machtvolles Bekenntnis für den freiheitlichen Sozialismus ablegen werden. Auch der Beschluß, im Rahmen der "Europäischen Jugendkampagne" aktiv mitzuarbeiten, entspricht der traditionell positiven Einstellung der deutschen Jungsozialisten zur internationalen Zusammenarbeit und zur Völkerverständigung über alle trennenden Grenzpfähle hinweg.

An Forderungen und Plänen sind besonders zu erwähnen: Der Bundesjugendplan muß nach seiner Zielsetzung - Behebung der Jugendnot und Heranführung der Jugend an die Demokratie - umgestaltet, die Mittel für ihn müssen wesentlich erhöht werden. Es sollen zwei zentrale Schulungskurse von je 14 Tagen für Spitzenfunktionäre der Jungsozialisten aus dem ganzen Bundesgebiet stattfinden, der erste vom 5.-19. Mai in der Heimvolkshochschule Jagdschloß Göhrde und der nächste im September in der Georg von Völlmar-Schule in Kochel (Obb). Schließlich wurden vorbereitende Beschlüsse für die Zentrale Jahreskonferenz 1952 vom 25.-27. April in Peine gefaßt. Sie steht unter dem Motto: "Mit einem geeinten Deutschland in Freiheit für ein besseres Europa". Zu dieser Themenstellung wird der 2. Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, sprechen. Über die Abwehr rechts- und linksradikaler Gruppen in Deutschland werden Herbert Wehner (MdB), über die soziale Jugendnot Nachkriegsdeutschlands der Oberbürgermeister

von Kiel, Andreas Gayk referieren.

Zum abschließenden Höhepunkt der Kasseler Tagung wurde die Rede des Stellvertretenden Parteivorsitzenden, Erich Ollenhauer, zum Thema "Die SPD vor entscheidenden Aufgaben". Erich Ollenhauer stellte fest, daß es die Pflicht der Bundesregierung gewesen wäre, eine Politik der sozialen Sicherheit durchzuführen. Sie habe jedoch in Richtung einer gerechten Verteilung der Lasten des Krieges nicht einen einzigen Schritt getan. Gerade die Verteidigung der Demokratie gegen jeden Totalitarismus sei abhängig vom sozialen Standard eines Volkes. Wenn auch gegenwärtig keine Anzeichen für die unmittelbare Gefahr des Heißen Krieges vorhanden sind, so sei doch der Kalte Krieg eine Realität und könne nur durch eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse gewonnen werden. - Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bezeichnete Erich Ollenhauer als einen Zentralpunkt jeder deutschen Politik. Man dürfe die Formel der Einheit nicht der bolschewistischen Propaganda überlassen. Im Rahmen der großen politischen Auseinandersetzungen wies er den Jungsozialisten die Aufgabe zu, durch ihre Aktivität die Kampfkraft der deutschen Sozialdemokratie zu stärken.

Zum Abschluß der Tagung, auf der mit den Aufnahmen für einen Film über die Arbeit der Jungsozialisten begonnen wurde, sandten die Teilnehmer ein Grußtelegramm an Dr. Kurt Schumacher, in dem sie dem Parteivorsitzenden aufrichtige Wünsche für eine baldige Genesung übermittelten.

+ + +

Also doch: Helm auf !

Der Heidelberger Staatsrechtler Prof. Dr. Jellinek hat mit der einem so bedeutenden Juristen zustehenden wissenschaftlichen Akribie das ungeheuer dringliche Problem untersucht, wer der Oberbefehlshaber der zukünftigen deutschen Wehrmacht sein müsse. Nach der Weimarer Verfassung hatte der Reichspräsident den Oberbefehl "in Übereinstimmung mit dem Kanzler" inne. Aber die Zeiten haben sich geändert. Statt Weimar haben wir Bonn. Und der Heidelberger Professor, an der Tête der juristischen Remilitarisierung marschierend, hat mit scharfem Blick in den Drahtverhau der Paragraphen einer "neuen staatsrechtlichen Situation" entdeckt, daß nunmehr allein dem Bundeskanzler der Oberbefehl zukomme; der Bundespräsident habe sich auf das Ernennungsrecht zu beschränken.

Es ist ein visionäres Bild, eines großen Karrikaturisten würdig: Dr. Adenauer neben Eisenhower auf dem Feldherrnhügel stehend, wie er die vorerst noch im Geiste marschierenden deutschen Divisionen zum strategischen und taktischen Einsatz kommandiert. Und selbstverständlich, nach Werner Fincks prophetischem, wenn auch ungnädig aufgenommenen Wort: Hut ab - Helm auf !

Rolf

+ + +

Zahlenakrobatik beim NWDR

J.F.W. Kommentare über Wahlergebnisse fallen unterschiedlich aus, je nach dem Standpunkt des Berichters. Auch die Wahlen der letzten beiden Sonntage, im Südweststaat und im Harz, wurden verschieden beurteilt, der zahlenmäßig feststehende Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie allerdings mußte allgemein anerkannt werden.

Man dürfte annehmen, daß beim Rundfunk, der nicht einseitig polemisieren, sondern objektiv erläutern soll, solche sachlichen Feststellungen über die Ergebnisse im Mittelpunkt seiner Wahlbetrachtungen stehen. Der NWDR belehrt uns eines anderen Sein Bestreben, sich wieder einmal als Haussender des Bundeskanzlers zu bewähren, veranlaßte ihn, eine Betrachtung seines Stuttgarter Vertreters über die Südweststaat-Wahlen zu bringen, die in ihrer einseitigen Färbung selbst das Bonner "Bulletin" vor Neid erblassen lassen muß.

Was hatte Dr. Pfuhler im NWDR über diese Wahl zu berichten? Die FDP habe sich zwischen sämtliche Stühle gesetzt - weil sie sich an die SPD gebunden habe. Leider verrät er nicht, worin diese Bindung bestanden haben soll. Die 'Herausforderung der Opposition' habe die Bevölkerung mit einem Bekenntnis zur Bonner Politik der CDU beantwortet. Beweis: Die SPD habe in Württemberg-Baden nur 40000 Stimmen gewonnen; soweit Dr. Pfuhler. Die gewichtige Vergrößerung des sozialdemokratischen Stimmenanteils in Baden und Süd-Württemberg erwähnte er mit keinem Wort, sie paßte nicht in sein Konzept.

Diese Form der gefärbten Berichterstattung ist kein Einzelfall, sie gehört in die Gesamtlinie des NWDR. Die Meldungen seiner Nachrichtenredaktion über die Bundestagsnachwahl im Harz beweisen das. Kein Wort über die Listenverbindung, der der DP-Kandidat sein Mandat verdankt; kein Hinweis auf das Wahlergebnis vom 14. August 1949. Solche Angaben hätten ja für die Rundfunkhörer den sozialdemokratischen Stimmenzuwachs deutlich gemacht. - Auf eine energische Beschwerde hin wurden dann endlich am Montagabend diese fehlenden Angaben nachgeholt. Es wirft ein trübes Licht auf den NWDR, daß es erst solcher Maßnahmen bedarf, um ihn zu seiner selbstverständlichen Pflicht der objektiven Berichterstattung zu veranlassen.

Verantwortlich: Peter Raunau